

Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bonn als Bundesstadt und politisches Zentrum erhalten und stärken

Mit dem Beschluss, den Deutschen Bundestag und die Regierung infolge der Einheit Deutschlands nach Berlin zu verlegen, und somit Berlin zur Bundeshauptstadt zu machen, wurde das Berlin/Bonn Gesetz erlassen, welches unzweifelhaft festhält, dass Bonn nicht nur weiterhin eine Bundesstadt sein soll, sondern vielmehr wesentliche Teile der Regierungstätigkeit behördlich weiterhin von Bonn aus gestaltet werden sollen. Eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen den beiden politischen Zentren Berlin und Bonn sollte erreicht werden. Diese faire Arbeitsteilung sollte etwa dadurch garantiert werden, dass insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien weiterhin in der Bundesstadt Bonn erhalten bleibt.

Seit 2008 wird diese Vorschrift aber nun nicht mehr eingehalten. Zurzeit arbeiten rund 64 Prozent von den etwa 18 000 Dienstposten am Standort Berlin.

Der Landtag Rheinland-Pfalz hält fest, dass diese Entwicklung diskutiert werden muss. Es gibt wesentliche Garantien für Bonn als politisch, behördlich und wirtschaftlich bedeutenden Standort, die auch aufgrund regionaler Entwicklungsperspektiven für das Land Rheinland-Pfalz weiterhin von großer Bedeutung sind.

Weitere Verlagerungen nach Berlin dürfen nicht erfolgen. Der aktuelle Status quo muss erhalten bleiben. Denn bei weiter zunehmender Verlagerung von Dienstposten nach Berlin könnte eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ nicht mehr gewährleistet werden.

Vielmehr muss das Kompetenzzentrum Bonn für die Bereiche

- Bildung, Wissenschaft, Forschung,
- Internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung,
- Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste sowie
- Kultur

nachhaltig gestärkt und ausgebaut werden. Dafür ist es zentral, dass die Ministerien für Bildung und Forschung (BMBF), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), für Gesundheit (BMG) sowie für Verteidigung (BMVg) ihren ersten Dienstsitz in Bonn behalten. Gerade auch aufgrund des ersten Dienstsitzes dieser Ministerien konnte ein Netzwerk aus internationalen Regierungs- und Nichtregierungsinstitutionen in Bonn entwickelt werden, welches für den Standort von entscheidender politischer, wirtschaftlicher und beschäftigungsstrategischer Bedeutung ist. Insbesondere der Ausbau dieses Netzwerkes von Bonn zu einer UN-Stadt ist anzustreben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich deutlich gegen einen Komplettumzug nach Berlin stark zu machen. Für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler/Koblenz ist der politische Standort Bonn wirtschaftlich zentral und muss erhalten bleiben.

Die Kooperation zwischen den benachbarten Kreisen Bonn, Rhein-Sieg, Ahrweiler, Altenkirchen, Mayen-Koblenz und Neuwied ist in der Vergangenheit zu einem re-

gionalen Netzwerk gewachsen. Dies zeigt das gemeinsame Positionspapier „Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland“ der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. Der Landtag begrüßt diese Zusammenarbeit und fordert, dass dieses in langen Jahren aufgebaute innovative Netzwerk von öffentlichen und privaten Institutionen mit zehntausenden hochqualifizierten Arbeitsplätzen durch einen Komplettumzug nicht gefährdet werden darf.

Die Landesregierung muss alle ihre Handlungsspielräume nutzen und sich auf allen Ebenen für den Erhalt des beschäftigungspolitischen Status quo und des politischen Standorts Bonn in seiner gegenwärtigen Bedeutung einsetzen.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer